ob ein juristisches Gesetz sie dazu ermächtigt oder nicht. Werden die Bürger genötigt, bei Wahlen ihre Stimmzettel offen abzugeben, indem der Wahlvorsteher auf die Wahlkabine in der Ecke des Wahllokals mit dem Bemerken hinweist, wer gegen die Regierung sei, dürfe sie benutzen und damit den Benutzer zum Staatsfeind erklärt² (-> Erl. zu Art. 51), werden Arbeiter in »volkseigenen Betrieben« unter dem Druck einer sogenannten Konfliktkommission zur Leistung von Sonderschichten veranlaßt³, wirbt das Ministerium für Staatssicherheit Spitzel, indem es etwa mit Nachteilen beim beruflichen Fortkommen droht⁴, so wird hier ein Zwang auf Menschen ausgeübt, ohne daß hierfür ein Gesetz die Befugnis dafür verliehen hat. Die Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft wurden ausschließlich im Wege solchen Zwangs gebildet⁵. Die Kommunisten nennen diesen Zwang zwar Überzeugungsarbeit. Wenn Scharen von Funktionären die Dörfer überfielen und nicht eher wichen, bis sie die Bauern zum Eintritt in die LPG »überredet« hatten, und nicht davor zurückschreckten, die Entscheidung zwischen Eintritt und Verweigerung mit der über Krieg und Frieden gleichzusetzen, und so die Ablehnenden als Kriegstreiber brandmarkten⁶, so kann niemand behaupten, es handle sich hier nicht um Zwang.

In der Sowjetzone ergehen zahlreiche Urteile, die gegen rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen (-> Erl. zu Art. 6). Soweit Freiheitsstrafen verhängt werden, verletzt die Vollstreckung dieser Urteile die persönliche Freiheit der Verurteilten ohne materielle Rechtsgrundlage.

Wegen vorläufiger Festnahme Erl. zu Art. 136.

3. Die Verfassung enthält keine ausdrückliche Bestimmung über den Schutz des Lebens und die körperliche Unversehrtheit des Menschen. Aber das Grundrecht der Freiheit kann nicht verwirklicht werden, ohne daß Leben und körperliche Unversehrtheit des Menschen garantiert sind. Der Schutz der persönlichen Freiheit setzt voraus, daß ein Träger dieses Rechtsguts vorhanden ist: der Mensch in seiner natürlichen Beschaffenheit. Diese natürliche Beschaffenheit des Menschen gegen jeden unberechtigten Eingriff des Staates zu sichern und zu erhalten, ist eine der wichtigsten Aufgaben jeder Verfassung. Außerdem ist der Staat verpflichtet, dafür zu sorgen,

2 Unrecht als System, Teil III, Dokumente 24 ff.

3 Kamin - Beyer - Schmidt, Fragen der Weiterentwicklung der Konfliktkommissionen und der Schaffung anderer Organe der gesellschaftlichen Erziehung, Neue Justiz, 1960, S.75

4 Unrecht als System, Teil III, Dokumente 28 ff.

5 Die Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland, Denkschrift der Bundesregierung, 2. Auflage, Mai 1960

6 Ebeling, Das große Bauernsterben, Deutsche Fragen, 1960, Heft 4